

«Das ist ein gravierender Eingriff in den Markt»

Die Spielbanken äussern sich erstmals über die verschärften Auflagen ab 2022.

Valeska Blank

Es war eine Nachricht, die die Casino-betreiber wenig gefreut hat: Anfang Juli hat die Regierung eine Abänderung der Spielbankenverordnung verabschiedet. Die Änderung hat es in sich: Einerseits werden per Anfang 2022 die Progressionssätze für die Geldspielabgabe angehoben. Andererseits wird das Verhältnis zwischen Tischspiel und Spielautomaten neu festgelegt: Bisher musste ein Casino auf 20 Automaten einen Tisch betreiben. Neu dürfen nur noch 15 Automaten auf einen Tisch kommen.

Casinoverband nimmt noch nicht öffentlich Stellung

Kurz gesagt: Es wird teurer für die hiesigen Spielbanken, weil sie mehr Abgaben zahlen müssen. Und mehr Tische bedeuten höhere Personalkosten. Der Casinoverband Liechtenstein hat sich in seiner letzten Arbeitssitzung mit der neuen Geldspielverordnung auseinandergesetzt.

Viel dazu sagen will man aber noch nicht: Der Verband sei dabei, eine detaillierte Stellungnahme auszuarbeiten, die zunächst der zuständigen Mi-

nisterin zugestellt werde, bevor man sich öffentlich dazu äussern werde. Zuständig für die Casinos ist Wirtschaftsministerin Sabine Monauni.

«Eine erfolgreiche Branche wird für Fehleinschätzung bestraft»

Deutlichere Worte findet Martin Frommelt, Sprecher der Casinos Austria (Liechtenstein) AG: «Die neue Verordnung stellt einen gravierenden Markteingriff dar.» Diese auf die Schnelle erlassene Änderung widerspreche den für einen Wirtschaftsstandort elementaren Grundsätzen der Planungs- und Rechtssicherheit. Eine Branche, die erfolgreich arbeite, werde so für die seinerzeitige Fehleinschätzung der Politik und der Behörden bestraft.

Im Rahmen der Marktöffnung für Spielbanken wurde in Liechtenstein im Jahr 2015 von einem Konzessions- zu einem Bewilligungsverfahren gewechselt. In den folgenden Jahren ist die Anzahl der Casinos regelrecht explodiert. Davor habe man damals aber gewarnt, unterstreicht Frommelt: «Wir haben im Vernehmlassungsbericht deutlich vor einem Wechsel zu einem Bewilligungssystem abgeraten.» Die

Regierung hingegen war damals im selben Bericht der Meinung, dass die Anzahl der Zulassungen «eine untergeordnete Rolle» spielt.

Trotz Mehrbelastung ist kein Rückzug geplant

Casinos Austria betreibt am Standort Balzers eine der kleineren Spielbanken des Landes. Für sie fällt die neue Geldspielabgabe am stärksten ins Gewicht. Ein Rückzug aus Balzers ist aber trotz der Mehrbelastung kein Thema. Wie Sprecher Frommelt sagt, müssen nun aber für Balzers und das ebenfalls zum Unternehmen gehörende Casino Schaanwald neue Strategien definiert werden, um den neuen Vorschriften gerecht zu werden. Auch ein Umbau sei nötig.

Die Vorgaben der neuen Verordnung gelten ab 2022. Doch die Casinobranche ist noch mit weiterem politischen Gegenwind konfrontiert: Im Juni hat der Landtag die VU-Motion «Casino-Bremse» an die Regierung überwiesen. Eine Initiative der Freien Liste zur Geldspielabgabe, die die «Casinoflut» eindämmen soll, wird voraussichtlich im September-Landtag behandelt.